



Inhaltsverzeichnis

15.01.2026	Hannoversche Allgemeine Zeitung Stadtausgabe: Wohin mit dem Atom-Endlager? Niedersachsen ist in der Verlosung	3
14.01.2026	Augsburger Allgemeine Augsburg: Bayern baut den Reaktor der Zukunft	5

Wohin mit dem Atom-Endlager? Niedersachsen ist in der Verlosung

Experten engen die möglichen Gebiete immer weiter ein. Ende 2027 will die zuständige Bundesgesellschaft konkrete Standorte vorschlagen - sehr wahrscheinlich auch norddeutsche.

Die Salz- und Tonformationen im Land hält Carsten Mühlenmeier, Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), potenziell für geeignet, um hochradioaktiven Atomabfall aufzunehmen. Viele Daten müssten aber noch ausgewertet werden. Nach aktueller Einschätzung von Experten kommen nur noch 25 Prozent der Bundesfläche für ein Endlager infrage.

Wird das Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Niedersachsen gebaut? Die endgültige Entscheidung darüber wird erst in einigen Jahren fallen. Doch bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Flächen in Niedersachsen potenziell tauglich sind.

„Nach den bisherigen Erkenntnissen kann man davon ausgehen, dass bei den Standortregionen, die 2027 von der Bundesgesellschaft für Endlagerung verkündet werden, Niedersachsen dabei sein wird“, sagte der Präsident des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Carsten Mühlenmeier, dieser Redaktion. Diese Realität sei in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht ganz angekommen.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine ist zuständig für die Suche nach dem aus wissenschaftlicher Sicht bestmöglichen Standort für ein Atommüll-Endlager. Derzeit haben Fachleute die geeigneten Regionen auf nur noch 25 Prozent der Bundesfläche eingegrenzt. Ende 2027 beabsichtigt die BGE, konkrete Standortregionen zur weiteren Erkundung vorzuschlagen.

Hinsichtlich der geologischen Verhältnisse sei Niedersachsen durchaus geeignet, sagte Mühlenmeier. „Wir haben Salz und Ton in einer Mächtigkeit, die schon relativ gut ist.“ Allerdings sei die Betrachtung zahlreicher Flächen noch nicht abgeschlossen. Mühlenmeier:

„Wir haben in Niedersachsen sehr viele Daten über den tiefen Untergrund. Und diese Daten müssen noch ausgewertet werden.“

Vor knapp drei Jahren, am 15. April 2023, wurden die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. In 60 Jahren der Atomkraftnutzung sind 27.000 Kubikmeter hochradioaktive Abfälle angefallen. Das Endlager dafür soll mindestens 300 Meter unter der Erdoberfläche gebaut werden und den Atommüll für eine Million Jahre sicher einschließen.

Rund 54 Prozent der Bundesfläche waren ursprünglich in die Untersuchung einbezogen. Als sogenanntes Wirtsgestein kommen Salz-, Ton- und Granitformationen infrage. Schritt für Schritt werden nun die Anforderungen erhöht, dadurch scheiden immer mehr Flächen aus. In einem ersten Zwischenschritt hatte die BGE im Herbst 2025 den Anteil tauglicher Areale auf ein Viertel des Bundesgebietes verringert.

Als ungeeignet haben die Experten einige Gebiete in Süddeutschland aussortiert - als potenziell geeignet gelten vor allem Flächen in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Dies bedeute aber keine Vorfestlegung auf einen Standort im Norden, sagte die Vorsitzende der BGE-Geschäftsführung, Iris Graffunder.

„Es ist schon wichtig, dass alle Bundesländer sich darauf verständigen, dass wir die Verantwortung dafür haben, unseren Atommüll auch selbst zu entsorgen und nicht zu verkaufen“, sagte Mühlenmeier. Dafür müsse man den besten Standort suchen, egal in welchem Bundesland er sei.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung ist dabei lediglich für die Suche und die wissenschaftliche Bewertung zuständig. Die Entscheidung über einen möglichen Endlagerstandort treffen am Ende das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Bundestag. Das kann aber noch Jahrzehnte dauern.

Unterdessen laufen in Schweden seit einem Jahr die Arbeiten an einem Endlager für hochradioaktive Abfälle, in zehn Jahren soll es fertig sein. In Finnland ist man sogar nahezu fertig. Die Anlage durchläufe letzte Tests, kündigte das finnische Energieministerium jüngst an. Schon bald könne damit begonnen werden, ausgebrannte Brennelemente in die unterirdische Deponie zu bringen. Lang anhaltende Proteste von Anwohnern und Umweltschützern gab es in Finnland nicht. Vor allem, weil die Menschen dort gegenüber der Atomkraft grundsätzlich positiv eingestellt seien, heißt es.

Wörter: 544
Autor/-in: Marco Seng
tmt6zaox9rhok61n3aj755h
Seite: 1
Ressort: Titelseite
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 27.207 (gedruckt)
34.174 (verkauft)
46.330 (verbreitet)
Reichweite²: 0,10817 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Bayern baut den Reaktor der Zukunft

Söder will Kernfusion nach Gundremmingen holen. Erste Verträge sind schon in Arbeit.

Von Christoph Frey und Rebekka Jakob

Kloster Banz Deutschland s erstes kommerziell nutzbares Fusionskraftwerk soll in Gundremmingen im Landkreis Günzburg entstehen. Das hat Ministerpräsident Markus Söder am Dienstag bei der Klausur der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz angekündigt. Es könnte sogar die weltweit erste Anlage ihrer Art sein. Denn bislang forschen zwar etliche Nationen daran, die Kernfusion für die Erzeugung von Strom zu nutzen, gelungen ist es aber noch niemand.

In Gundremmingen könnte die Anlage in etwa 15 Jahren in Betrieb gehen, schätzt Wissenschaftsminister Markus Blume (CSU). Die Vorarbeiten sollen jedoch wesentlich früher starten. In den nächsten Wochen wollen die Energieunternehmen RWE und Proxima Fusion sowie der Freistaat eine Übereinkunft für das Projekt auf dem Areal des ehemaligen Kernkraftwerks unterzeichnen. Für das Fusionskraftwerk sollen laut Blume auch bestehende Gebäude genutzt werden, außerdem ist dort bereits das Leitungsnetz für den Transport großer Mengen von Strom vorhanden.

Die von Söder geführte Staatsregierung fördert die Forschung an der Kernfusion seit Jahren massiv. Sie gilt als unerschöpfliche Energiequelle der Zukunft

und soll deutlich weniger Risiken beinhalten als die Kernspaltung, auf der die Technik von Atomkraftwerken beruht. Die Fusion erzeugt noch mehr Energie und kaum radioaktive Abfälle, allerdings ist die wirtschaftliche Nutzung bislang nicht gelungen. Bayern wolle hier weltweit führend bleiben, betonte Söder am Dienstag. Bei Investitionen in neue Technologien gelte für Bayern: „Immer höher, immer schneller, immer weiter.“

In Deutschland gibt es bislang zwei Versuchsstandorte: Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern und Garching bei München. In Garching bewirbt man sich um einen neuen Versuchsreaktor, den der Bund fördert. Dieser soll dann die Blaupause für das Gundremminger Fusionskraftwerk sein, das ein neues Zeitalter in der Energieversorgung einleiten würde - so es denn Wirklichkeit wird. Zudem sprach Söder davon, dass in Südbayern ein weiteres Fusionskraftwerk mit anderer Technologie entstehen soll. Dort soll die Kernfusion durch den Einsatz von starken Lasern ausgelöst werden. Hier sei der Standort aber noch nicht spruchreif.

In Deutschland treiben mehrere Bundesländer in einer Fusionsallianz die Entwicklung von Fusionsreaktoren voran. Der Gruppe aus Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpom-

mern, Sachsen und Schleswig-Holstein hat sich zuletzt noch Baden-Württemberg angeschlossen. Ziel ist, das erste kommerzielle Fusionskraftwerk der Welt in Deutschland zu bauen und dafür mit Industrie und Forschung zu kooperieren.

Mehr als 30.000 Menschen haben im Oktober 2025 die Sprengung der Kühltürme des ehemaligen Kernkraftwerks Gundremmingen verfolgt. Die Anlage wird seit der Stilllegung der beiden Kraftwerksblöcke seit mehreren Jahren zurückgebaut. Wenige Tage nach der Sprengung hatte Söder den Startschuss für den Bau des größten Batteriespeichers Deutschlands gegeben. Rund 230 Millionen Euro investiert der Energieversorger RWE in das Projekt. Außerdem sollen am früheren Akw-Standort eine gewaltige Photovoltaikanlage und ein Kraftwerk mit Gas- und Wasserstoffbetrieb entstehen.

An anderer Stelle herrscht dagegen weiter Ungewissheit: Der strahlende Abfall, der seit 2006 im Zwischenlager Gundremmingen gelagert wird, hat noch lange keinen endgültigen Platz gefunden. Der Kraftwerksstandort selbst kommt den Untersuchungen der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) zufolge nicht als Standort infrage. Bayern

Wörter: 475
Seite: 1
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 27.117 (gedruckt)
28.462 (verkauft)
29.305 (verbreitet)
Reichweite²: 0,09381 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 07/2021

² von PMG gewichtet 07/2021